



**University of  
Zurich** <sup>UZH</sup>

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2019

---

**Reihe Bildungsgeschichte des Kantons Uri (2): Höhere Mädchenbildung und  
Koedukation**

de Vries, Raffaella ; Rothen, Christina ; Kessler, Stefan

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-179827>

Journal Article

Published Version

Originally published at:

de Vries, Raffaella; Rothen, Christina; Kessler, Stefan (2019). Reihe Bildungsgeschichte des Kantons Uri (2): Höhere Mädchenbildung und Koedukation. Schulblatt des Kantons Uri, (248):17-22.

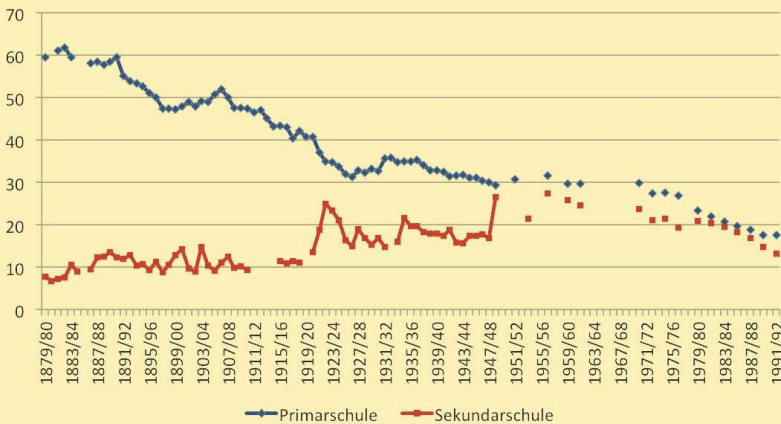
## Reihe Bildungsgeschichte des Kantons Uri (2):

# Höhere Mädchenbildung und Koedukation

Im Projekt «Bildung in Zahlen» werden an der Universität Zürich für die gesamte Schweiz historische Daten zum Schulbesuch erhoben. Der zweite Teil der Reihe «Bildungsgeschichte des Kantons Uri» fokussiert auf die Anfänge der höheren

Mädchenbildung in den 1960er- und 1970er-Jahren und gibt einen Ausblick auf die nationale Debatte um die Koedukationsfrage. Die für diesen Beitrag verwendeten Daten sind demnächst über das Wissensportal [www.bildungsgeschichte.ch](http://www.bildungsgeschichte.ch) abrufbar.

### Durchschnittliche Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Lehrperson, 1879/80–1991/92



Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Lehrperson in der obligatorischen Schule (Durchschnittswerte für den gesamten Kanton pro Schuljahr)

Nachdem im letzten Beitrag bereits über die Organisation und Grösse von Schulklassen im ausgehenden 19. Jahrhundert berichtet wurde, wird im Folgenden zunächst noch einmal etwas näher auf die Entwicklung des Verhältnisses Lernende pro Lehrperson eingegangen.

### Ausbau des Lehrkörpers und besseres Betreuungsverhältnis

Der Anstieg der Schülerzahlen in den Primar- und Sekundarschulen führte im ausgehenden 19. und im 20. Jahrhun-

dert zu einem kontinuierlichen Ausbau des Lehrkörpers. In der Folge verbesserte sich das Betreuungsverhältnis und die Schulklassen wurden tendenziell kleiner. Anhand der Daten aus den Rechenschaftsberichten und der kantonalen Schulstatistik lässt sich diese Entwicklung an der Veränderung der Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Lehrperson für die Primar- und Sekundarschulen separat aufzeigen. Auf der Primarstufe verbesserte sich das Betreuungsverhältnis erheblich: Betreute eine Lehrperson

Ende des 19. Jahrhunderts noch durchschnittlich 60 Schulkinder, sank diese Zahl im Laufe des 20. Jahrhunderts auf unter 20. Eine Oberstufen-Lehrperson hingegen hatte im Durchschnitt nie mehr als 27 Kinder zu betreuen. Dies dürfte zunächst auf die verhältnismässig kleineren Schülerzahlen und später auch auf die Differenzierung der Sekundarstufe I zurückzuführen sein. Heute beläuft sich die durchschnittliche Anzahl Schulkinder in den Primar- und Sekundarschulen des Kantons Uri im Verhältnis zur Anzahl vollzeitäquivalent angestellter Lehrpersonen auf 14.8 bzw. 10.5 (Bundesamt für Statistik, 2019).

### **Zur Situation der höheren Mädchenbildung in den 1960er-Jahren**

Die interne Schulorganisation war jedoch nicht das einzige Thema, welches die Bildungsplanung bewegte. In den 1960er-Jahren entfachte im Kanton eine Debatte über die Bildungsmöglichkeiten für die «Urner Töchter». Für die höhere Mädchenbildung fehlte es an Platz und Geld. Eltern, die ihren Töchtern ein Studium an einer Hochschule oder eine Ausbildung zur Lehrerin ermöglichen wollten, mussten ihre Töchter in Schulen der umliegenden Kantone schicken. Das Problem lag nicht primär in der «[...] Herabsetzung oder Minderbewertung unserer Töchter, sondern (wie in anderen katholischen Kantonen) an den historischen Folgen der getrennten Schulen, die sich nicht ohne weiteres umkrempeln lassen», schrieb das Urner Wochenblatt am 15. Januar 1964. Die Stipendienverordnung von 1961 sah zwar vor, dass für beide Geschlechter Stipendien für Gymnasialstudien erhältlich sind, jedoch würde dieses Angebot nur von sehr wenigen genutzt.

Im Sommer 1965 gelangte durch Peter Dätwyler eine Motion vor den Urner Landrat, welche die Sicherstellung der Mädchenbildung an höheren Mittelschulen verlangte. Erreicht werden konnte jedoch einzig eine Zusicherung von rund 40 Plätzen für Mädchen an der Klosterschule in Ingenbohl auf zwei Jahre (Urner Wochenblatt, 12.6.1965). Den weiteren Anliegen der Motion, darunter die Leistung eines Sonderbeitrags pro Schülerin vonseiten des Kantons sowie eine Berücksichtigung der SBB-Fahrpläne bei der Festsetzung des Stundenplans in Ingenbohl, konnte seitens des Erziehungsrats nicht nachgekommen werden (ebd.).

### **Erste Schülerinnen an Urner Gymnasien**

Für das Gymnasium des Kollegiums Karl Borromäus in Altdorf, das von 1906 bis 1981 unter der Leitung von Benediktinern des Klosters Mariastein in Solothurn stand und seit 1916 die eidgenössische Maturitätsanerkennung besass, bestanden seit Mitte der 1960er-Jahre Ausbaupläne: Die Realschule sollte zu einem Realgymnasium (Typus C) ausgebaut und um entsprechende Schul- und Laborräumlichkeiten erweitert werden (Kantonale Mittelschule Uri, 2006). Die Zulassung von Mädchen zum Urner Gymnasium war ein weiteres Ausbauziel, welches ab 1968 auch von der per Volksbeschluss neu geschaffenen Erziehungsdirektion verfolgt wurde. Zwei Jahre nachdem am 27. September 1970 das Urner Volk dem Ausbau der Mittelschulen zustimmte, konnten schliesslich die ersten Mädchen das Kantonsgymnasium besuchen.

Den eigentlichen Startpunkt für die höhere Mädchenbildung im Kanton Uri markierte jedoch das Jahr 1966, in

## Lernende am Gymnasium Kollegium Karl Borromäus, 1883/84–1991/92



Anzahl Schülerinnen und Schüler am Gymnasium des Kollegiums Karl Borromäus bzw. der ehemaligen Latein- und Kantonsschule in Altdorf (Quellen: Rechenschaftsberichte und Schulstatistik des Kantons Uri, Jahresberichte des Kollegiums Karl Borromäus)

welchem die Patres des benachbarten Marianhiller Gymnasiums St. Josef, das seit 1961 das kantonale Maturitätsrecht besass, auf private Initiative und nach einiger Überzeugungsarbeit bei Vertretern kirchlicher und politischer Gremien ver-

suchsweise 21 Mädchen extern in ihre Missionsschule aufnahmen und gemeinsam mit den Knaben unterrichteten. Den Anstoss dazu gab im Januar 1966 ein Gesuch des Katholischen Frauenbundes Uri ans Rektorat von St. Josef.

Erstmals Töchter an einem Urner Gymnasium (Quelle: Staatsarchiv Uri)



## «Das Marianhiller Gymnasium öffnet den Urner Töchtern die Pforte»

Vier Monate später, im Mai 1966, erschien im Urner Wochenblatt wohl nicht ganz ohne Zutun der Patres auf der Titelseite ein ganzseitiger Artikel, der über das Vorhaben der Marianhiller berichtete – dies, obschon vonseiten des Churer Bischofs noch kein grünes Licht gegeben und ein definitiver Entscheid erst im nächsten Jahr erwartet wurde. Nichtsdestotrotz blieb der angekündigte Pilotversuch auch über die Kantonsgrenzen hinweg nicht unbemerkt. Am 16. Juni 1966 berichtete das Schweizer Fernsehen in der Sendung Antenne über das Projekt und zeigte Bilder der gleichentags stattfindenden Aufnahmeprüfung. Genau eine Woche später lobte der Walliser Bote den Pioniergeist der Patres und band dem kleinen Bergkanton ein «Dankkränzchen». Zugleich vertrat er die Ansicht, dass es für das Oberwallis nun doch auch langsam an der Zeit wäre, das Kollegium in Brig für die Mädchen zu öffnen (Walliser Bote, 23.6.1966).

Im Testjahrgang starteten 21 Mädchen in den ersten drei Gymnasialklassen. Für die Mädchen galten dieselben Aufnahmebedingungen: Mindestens sechs Jahre Primarschulbildung und eine Aufnahmeprüfung. Die Patres gaben sich umtriebig. Keinesfalls wollten sie mit nur ein paar wenigen Mädchen starten. Folgende Mitteilung findet sich anfangs Juli in zwei Zeitungen:

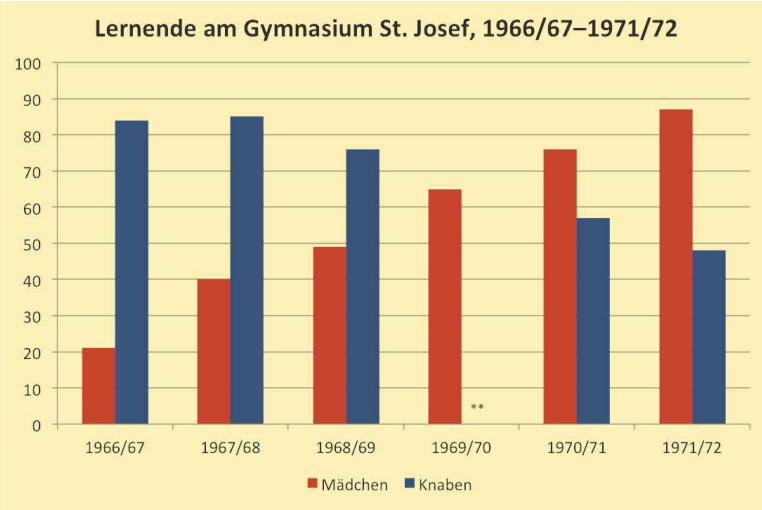
*«Sechs Mädchen besuchen seit mehreren Wochen einen Lateinschnellkurs, um im Herbst in die zweite Klasse einsteigen zu können. Acht weitere haben am 16. Juni die Aufnahmeprüfung für die erste Klasse bestanden. Die Aufnahmeprüfungen für die übrigen Klassen werden erst im 27. August stattfinden, damit alle Bewerberinnen noch genügend Zeit finden, sich darauf vorzubereiten. Aufnahmegesuche sollen bis spätestens 15. August an das Rektorat gerichtet werden.»*  
(Roos, 1966, P-143/177-47)

Der Erfolg blieb nicht aus. Trotz des hohen jährlichen Schulgelds von 900 Franken belegten bereits im vierten Jahr etwa gleich viele Mädchen wie Knaben die insgesamt rund 130 Ausbildungsplätze. In den nächsten beiden Schuljahren 1970/71 und 1971/72 stellten die Mädchen gar die Mehrheit. Auf das Schuljahr 1972/73 hin wurden die beiden Gymnasien zusammengelegt:

*«Nur auf diese Weise ist es möglich, den im Marianhiller-Gymnasium studierenden Urner Mädchen die eidg. Anerkennung der Matura zu ermöglichen. Sofern die kantonale Oberbehörde zustimmt, sollen in einer Uebergangslösung auf Beginn des Schuljahres 72/73 alle Klassen des Marianhiller-Gymnasiums der Schulleitung des Kollegiums unterstellt und durch einen vereinigten Lehrkörper koedukativ unterrichtet werden. Auch die Benützung der Schulräume des Marianhiller-Gymnasiums ist in die Gesamtplanung einbezogen.»*  
(Jahresbericht 1971/72 des Kollegiums Karl Borromäus)

So erwarben im Sommer 1973 die ersten fünf Mädchen, die alle einst im St. Josef begonnen haben, am Kollegium ihr eidgenössisch anerkanntes Maturitätszeug-

nis. Auch für die Knaben des ehemaligen St. Josef eröffnete die eidgenössische Maturitätsanerkennung eine breitere Palette an Studiermöglichkeiten.



Anzahl Schülerinnen und Schüler am Marianhhiller Gymnasium St. Josef (Quellen: Rechenschaftsbericht des Kantons Uri in den Jahren 1970 und 1971, Staatsarchiv Uri, P-72/52-32, Kantonale Mittelschule Uri, 2006)

### Koedukation als überdauernde Frage der staatlichen Bildungspolitik

Eng verknüpft mit der Mädchenzulassungsfrage waren die im Zuge der Bildungsexpansion aufkommende Diskussion über die Ausschöpfung brachliegender Bildungspotenziale sowie die Frage der Koedukation. Mit dem 1971 eingeführten Frauenstimmrecht wurde letztere erstmals zur Frage der nationalen Bildungspolitik (Käppeli, 1997). Die Debatte um die gemeinsame oder getrennte Beschulung von Knaben und Mädchen reicht bis in die Ursprünge des Primarschulwesens zurück. Befürwortende wie ablehnende Parteien rekurrten jeweils auf die Natur oder die Natürlichkeit des Geschlechts, um

ihren jeweiligen Standpunkt zu legitimieren (Mantovani Vögeli, 1994). Auch der Einfluss der katholischen Kirche ist hier nicht zu unterschätzen. Im Falle der Marianhhiller wurde die Koinstruktion aus pädagogischen und psychologischen Gründen dem Modell getrennter Klassen vorgezogen. Dem Entscheid stand die Idee der Idealfamilie Pate, in welcher Mädchen und Jungen gemeinsam aufwachsen von beiden Elternteilen erzogen werden. Bereits länger unterrichteten auch Frauen am St. Josef. Für die Betreuung der externen Schülerinnen konnte zusätzlich Schwester Gertrudis des Menzinger Ordens gewonnen werden (Roos, 1966, P-143/177-47). Der Erfolg der Marianhhiller Initiative wurde denn

auch als Bestärkung des koedukativen Modells gewertet (Kantonale Mittelschule Uri, 2006).

Die Debatten, die im Kanton Uri in den 1960er- und beginnenden 1970er-Jahren zusammenliefen, führten in einigen Kantonen schon früher zur Öffnung der höheren Ausbildungswege für Mädchen. Andere gründeten neue Schulen oder vergrösserten ihr Angebot, ebenso Nidhochschulkantone und Kantone mit traditionell kleinen Maturitätszahlen (EDK/SBF, 2007). In den 1972 erlassenen «Grundsätzen zur Mädchenbildung» forderte die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) die Kantone dazu auf, die Diskriminierung von Mädchen im Bildungswesen abzubauen und Knaben und Mädchen

dieselben Aufstiegschancen in höhere Schulen zu ermöglichen (EDK, 1995). Neun Jahre später empfahl die EDK weitere Massnahmen zur Förderung der Ausbildungschancen. Gefordert wurden (erneut) gleiche Zugangschancen zu nachobligatorischen Bildungsangeboten sowie ein von einseitigen Rollenvorstellungen befreites Bildungsangebot der obligatorischen Schule, das grundsätzlich gleiche Inhalte, Fächer und Wahlmöglichkeiten umfasste. 1993 sprach die EDK nochmals Empfehlungen zur Gleichstellung von Mann und Frau aus; dieses Mal bezogen auf das gesamte Bildungswesen. Die geschlechtergetrennte Unter- richtung ist schliesslich nur noch dort erwünscht, wo diese namentlich «die Gleichstellung der Geschlechter fördert».



## Fortsetzung im nächsten Schulblatt

Raffaella Christina de Vries, Christina Rothen, Stefan Kessler

*Verwendete Quellen: Bundesamt für Statistik (2019). Jahresberichte des Kollegiums Karl Borromäus (1885–1975). Rechenschaftsberichte des Kantons Uri (1880–1975). Schulstatistik des Kantons Uri (1967–1992). EDK (1995), Dossier Empfehlungen und Beschlüsse 1972–1995. EDK/SBF (2007), Schweizer Beitrag für die Datenbank Eurybase. Kantonale Mittelschule Uri (2006), Geschichte und Geschichten der Urner Mittelschule. Käppeli, A.-M. (1997), Koedukation, in H. Badertscher (Hrsg.), Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren 1897 bis 1997. Mantovani Vögeli, L. (1994), Fremdbestimmt zur Eigenständigkeit. Staatsarchiv Uri, Dossiers P-72/52-32, P-143/177-46, P-143/177-47, Fotoarchiv Aschwanden. Verein der Ehemaligen von St. Josef (2008), Podiumsgespräch vom 12. April 2008 (Aufzeichnung).*

Ein besonderer Dank gebührt Carla Arnold vom Staatsarchiv Uri für die umfangreiche Unterstützung bei der Recherche.